



Niederschrift 35. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 25.01.2018
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:16 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr David Kolesnyk	SPD	Sitzungsleitung
---------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	
Herr Matthias Kaiser	CDU/ANW	
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	
Herr René Kulke	DIE aNDERE	
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Herr Nico Marquardt	SPD	ab 16:40 Uhr
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger	ab 16:45 Uhr
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	ab 16:40 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Anna Lüdcke	CDU/ANW	
Frau Ute Parthum	anerkannter freier Träger	

beratende Mitglieder

Frau Rita Franke	Amtsgericht Potsdam	
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt	
Frau Julia Laabs	Kreiselterrat	ab 16:40 Uhr
Herr Reinhold Tölke	Jugendamtsleiter	

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Herr Björn Karl	CDU/ANW	entschuldigt

beratende Mitglieder

Herr Lutz Boede	DIE aNDERE	entschuldigt
Frau Dr. Kristina Böhm	Öffentlicher Gesundheitsdienst	entschuldigt
Herr Alexander Gehl	Polizeiinspektion Potsdam	entschuldigt

Frau Lisa Kabitzke	Jugendvertretung	nicht entschuldigt
Frau Wiebke Kahl	Kita-Elternbeirat	entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Frau Doreen Ließ	Agentur für Arbeit Potsdam	entschuldigt
Herr Pascal Loerch	Kreisschülerrat	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsporthund	entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	nicht entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	nicht entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik	Büro f. Chancengleichh./ Vielfalt	nicht entschuldigt
Herr Borys Zilberman	Jüdische Gemeinde	nicht entschuldigt

Beigeordneter

Herr Mike Schubert	SPD	entschuldigt
--------------------	-----	--------------

Gäste:

Herr Markus Weyh	Regionale Jugendhilfe AG 1
Herr Georgios Papadopoulos	Regionale Jugendhilfe AG 3
Herr Gerald Siegert	AG Kita
Herr Bernd Richter	Kommunaler Immobilien Service
Frau Christina Weidner	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Birgit Ukrow	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Martina Spyra	Schritfführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzungen vom 30.11.2017 und 14.12.2017 / Feststellung
der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Informationen des Jugendamtes
- 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB
VIII
- 5 Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Standortsicherung Montelino
Vorlage: 17/SVV/0890
Fraktion DIE aNDERE
- 6.2 Versorgungsquote für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0899
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 6.3 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre
2018/2019
Vorlage: 17/SVV/0951
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung

- 6.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: 17/SVV/0952
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
- 6.5 Zukunftsprogramm 2022
Vorlage: 17/SVV/0953
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Gruppenprophylaxe in Kita und Schule "Kita mit Biss"
- 7.2 Mitteilung über Stand Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung
(17/SVV/0530) und Entscheidung zum weiteren Verfahren
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzungen vom 30.11.2017 und 14.12.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Zunächst bittet Herr Kolesnyk um Abstimmung über die Niederschrift vom 30.11.2017.

Herr Liebe erinnert daran, dass Frau Kahl in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.11.2018 zugesagt hat, eine kurze Zusammenfassung ihres Berichtes als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

Frau Spyra prüft dies und reicht den Bericht nach.

Die Niederschrift vom 30.11.2017 wird mit 10 Zustimmungen bestätigt.

Anschließend bittet Herr Kolesnyk um über die Niederschrift vom 14.12.2017.

Die Niederschrift vom 14.12.2017 wird mit 10 Zustimmungen bestätigt.

Herr Kolesnyk stellt die Tagesordnung zur Abstimmung

Die Tagesordnung wird mit 11 Zustimmungen bestätigt.

zu 3 **Informationen des Jugendamtes**

Herr Tölke informiert über die **Förderung der KUBUS gGmbH** und teilt mit, dass durch die KUBUS gGmbH für das Jahr 2017 Fördermittel in Höhe von 616.822,04 Euro beantragt wurden. Durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie erfolgte eine Förderung in Höhe von 565.354,84 Euro.

Für das Jahr 2018 wurden durch die KUBUS gGmbH Fördermittel in Höhe von 629.158,48 Euro beantragt. Durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie erfolgte eine Förderung in Höhe von 583.502,04 Euro.

Herr Tölke informiert, dass derzeit die Wahl der **Jugendschöffen** für die Wahlperiode 2019 - 2023 für Amtsgericht und Landgericht für die Amtsperiode 01.01.2019 – 31.12.2023 vorbereitet wird. Die geforderte Anzahl der Schöffen für das Landgericht beträgt 9, für das Amtsgericht 20. Um eine Wahl durchführen zu können, muss mindestens die doppelte Anzahl der Personen, also 58 vorgeschlagen werden. Der Bewerbungszeitraum endet am 31.03.2018.

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 31.05.2018 wird die Bewerberliste vorgestellt und die Personen für die Vorschlagsliste gewählt. Für die Aufnahme in die Vorschlagsliste ist die Zustimmung von 2/3 der stimmberechtigten Mitglieder im JHA erforderlich.

Im Anschluss an die Wahl wird die Vorschlagsliste für eine Woche öffentlich ausgelegt, unter dem Hinweis, dass gegen die Personen Einspruch erhoben werden kann. Nach der einwöchigen Veröffentlichung der Liste wird diese beim Amtsgericht eingereicht

Frau Ukrow erinnert daran, dass am 23. Februar 2018 in Bürgerhaus Am Schlaatz der **Fachtag „Chancengerechtigkeit für alle Kinder in Potsdam“** stattfindet. Die Einladungen dazu wurden gestern per Mail an alle JHA-Mitglieder verschickt. Es gibt bereits zahlreiche Rückmeldungen.

zu 4 **Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

Herr Liebe berichtet über die Sitzung des **Unterausschusses Jugendhilfeplanung** vom 16.01.2018. Er teilt mit, dass die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 14.12.2017 ausgewertet wurde. Der Unterausschuss hat sich mit dem Feedback des Migrantenbeirates zum Umgang der Ausländerbehörde mit Kindern befasst. Des Weiteren gab es eine Verständigung zum Fahrplan für die Erstellung des Jugendhilfeplanes sowie einen Ausblick auf die Januarsitzung des Jugendhilfeausschusses.

Herr Siegert teilt mit, dass am 23.01.2018 Neuwahl der **AG Kita** und anschließend die konstituierende Sitzung durchgeführt wurde. Herr Siegert wurde zum Vorsitzenden und Frau Frenkler zur stellvertretenden Vorsitzenden der AG gewählt.

Es wurden die Themen für 2018 formuliert. Die AG wird sich u.a. mit der Elternbeitragssatzung, dem Übergang von Tagespflege zur Kita und der Gewinnung von Fachkräften sowie mit dem Thema Inklusion befassen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Tölke, dass die Landeshauptstadt Potsdam und die Träger jeweils einen Rechtsanwalt mit der Prüfung der Elternbeitragssatzung beauftragen. Bezüglich der Finanzierung wird es eine Verständigung und dann auch eine Lösung geben.

Herr Ströber informiert, dass die **AG Hilfen zur Erziehung** erst wieder am 27.02.2018 tagen wird.

Herr Weyh verweist auf seinen Bericht in der Dezembersitzung 2017 des Jugendhilfeausschusses und macht deutlich, dass von Seiten der **Regionalen Kinder- und Jugendhilfe AG 1** der Wunsch besteht, einen Überblick über Gemeinbedarfsflächen zu bekommen.

Er informiert, dass die letzte Sitzung der Regionalen Jugendhilfe AG 1 am 22.01.2018 zur Vorbereitung der Regionalkonferenz der Region 1 stattgefunden hat.

Herr Papadopoulos teilt mit, dass die **Regionale Jugendhilfe AG 3** am 17.01.2018 getagt hat und die Regionalkonferenz am 14.03.2018 vorbereitet, zu der der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Herr Kolesnyk eingeladen wird.

zu 5 Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates

Von Seiten der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates sind keine Vertreter anwesend. Deshalb entfallen die Berichte.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Standortsicherung Montelino

Vorlage: 17/SVV/0890

Fraktion DIE aNDERE

Herr Kulke bittet um Abstimmung über den Antrag, auch wenn der Jugendhilfeausschuss dazu bereits einen Beschluss gefasst hat.

Herr Kolesnyk stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Zeltplatz Montelino gGmbH den bislang genutzten Standort im BUGA-Volkspark solange weiternutzen kann, bis der zukünftige Standort des Zirkuszeltes geklärt ist und ein direkter Umzug auf den neuen Standort möglich ist.

Über den Sachstand sollen die Stadtverordneten im Januar 2018 informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 6.2 Versorgungsquote für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0899

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Tölke bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Herr Ströber fragt, ob bei Anwendung der alten Berechnung mehr Plätze herauskommen würden.

Herr Kolesnyk bestätigt dies.

Herr Schmolke macht deutlich, dass auch die speziellen Bedarfe berücksichtigt werden.

Herr Otto weist darauf hin, dass man damit eine gute Versorgungsquote hätte. Quantitativ ist die Stadt Potsdam aus seiner Sicht gut aufgestellt.

Herr Wollenberg beantragt, in der Beschlussformel zu ergänzen: „Für **mindestens** 6,61 Prozent...“ Es soll auch angestrebt werden, dies sozialraumscharf anzuwenden.

Herr Liebe macht deutlich, dass die AG Jugendförderung daran arbeitet, die neuen Ansprüche zu erarbeiten. Er schließt sich den Änderungsantrag von Herrn Wollenberg an. Die Spezifizierung sollte durch die AG Jugendförderung bearbeitet werden.

Herr Tölke erinnert daran, dass neben der Quotenberechnung auch die Zukunft der Jugendarbeit betrachtet werden müsse. Jugendarbeit findet nicht nur in Jugendklubs statt. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass es sich hier um den räumlichen Bedarf nicht um den personellen Bedarf handelt.

Er stellt den Änderungsantrag von Herrn Wollenberg zur Abstimmung

Abstimmungsergebnis:

Zustimmungen: 14

Herr Wollenberg beantragt folgende Ergänzung zum Antrag:

Im Rahmen erforderlicher Ausbaumaßnahmen wird eine bedarfsgerechte Verteilung in den Sozialräumen angestrebt.

Herr Kolesnyk stellt den Ergänzungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmungen: 14

Anschließend stellt Herr Kolesnyk die so ergänzte Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam sichert die Angebotspalette für die Offene Kinder- und Jugendarbeit gemäß § 11 (2) SGB VIII auf der Grundlage folgender Versorgungsquote:

Für **mindestens** 6,61 Prozent der 9- bis unter 21-jährigen Potsdamer Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden Plätze in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen erforderlicher Ausbaumaßnahmen wird eine bedarfsgerechte Verteilung in den Sozialräumen angestrebt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 6.3 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019**Vorlage: 17/SVV/0951**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung

Herr Kolesnyk verweist auf seine Mail an alle Ausschussmitglieder, in der er darauf hingewiesen hat, dass der Haushalt 2018/2019 heute abschließend beraten werden muss, da sich der Finanzausschuss einen Tag vor der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses abschließend mit dem Haushalt befassen möchte.

Er macht deutlich, dass heute ein Votum abgegeben werden muss, Nachfragen aber auch noch in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses beantwortet werden können.

Herr Tölke gibt eine kurze Einleitung.

Danach erläutert Frau Weidner anhand einer Präsentation die Haushaltsplanung 2018/2019 für den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie. Sie weist darauf hin, dass es 2018 einen Zuschussbedarf in Höhe von ca. 98 Mio. Euro gibt. Die Auswirkungen der überarbeiteten Richtlinie Tagespflege und der Elternbeitragssatzung sind noch nicht eingearbeitet, da diese noch nicht bezifferbar sind.

Sie geht näher auf die Kindertagesbetreuung ein und verweist auf die bestehenden Risiken.

Anschließend erläutert sie die Planung für den Bereich Hilfen zur Erziehung.

Danach gibt sie Erläuterungen zur Planung der Jugendarbeit und abschließend die Planung der „sonstigen“ Produkte.

Frau Weidner erläutert die Investitionsplanung 2018 - 2022

Herr Liebe macht darauf aufmerksam, dass beim Ertrag der Tagespflege im Jahr 2018 ein geringerer Betrag angesetzt wurde als 2017. Für das Jahr 2019 erfolgt dann eine Erhöhung.

Frau Weidner erklärt, dass sich dies aus der Anpassung der Zuwendung des Landes ergibt.

Herr Wollenberg verweist auf das Risiko aus möglichen Rückzahlen von Elternbeiträgen. Er fragt, welchen Plan B es gibt, wenn das Risiko sicher ist.

Herr Tölke erklärt, dass das Risiko noch nicht benannt werden kann. Sobald dies klar ist, muss innerhalb des Hauses eine Lösung gefunden werden.

Frau Laabs macht darauf aufmerksam, dass die Schulsozialarbeiter für 2 Jahre befristet angestellt sind.

Herr Tölke erklärt, dass bis 2023 alle öffentlichen Potsdamer Schulen über einen Schulsozialarbeiter verfügen sollen. Er weist darauf hin, dass eine Befristung nicht durch die Landeshauptstadt Potsdam sondern durch die Träger erfolgt.

Herr Kolesnyk verweist auf das beschlossene Konzept zur Schulsozialarbeit.

Frau Parthum fragt, ob sichergestellt ist, dass auch der Aufwuchs an Schulen berücksichtigt wird.

Dies wird von Herrn Tölke bestätigt.

Herr Kolesnyk bringt folgenden Änderungsantrag der Fraktion SPD ein, der als Tischvorlage eingereicht wurde. Er betont, dass die Deckungsquelle nach Klausur der SPD-Fraktion nachgereicht wird.

Änderungsantrag der Fraktion SPD:

Das Produkt 36.600 wird in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 ff. jeweils um 54.000 Euro erhöht, um damit die Angebote der Medienwerkstatt zu erweitern.

Herr Liebe fragt, ob es jugendrelevante Angebote gibt, die nicht im Jugendamt angesiedelt sind wie z.B. die Hilfen nach § 35a SGB VIII, die beim Fachbereich Soziales und Gesundheit verortet sind.

Herr Tölke erklärt, dass die fachliche und haushälterische Verantwortung für die Hilfen nach § 35a SGB VIII beim Fachbereich Soziales und Gesundheit liegt.

Herr Kolesnyk schlägt vor, dass die Verwaltung des Jugendamtes die Informationen einholt und in der nächsten JHA-Sitzung berichtet.

Herr Liebe bittet die Fraktionsvertreter im Jugendhilfeausschuss, beim Beschluss des Haushaltes darauf zu achten, dass diese Angebote berücksichtigt werden.

Herr Wollenberg bittet die Verwaltung, die Antworten per Mail noch in der kommenden Woche an die JHA-Mitglieder zu senden. Er bittet um eine Übersicht bei der die Planung 2017 der Planung 2018 gegenübergestellt wird.

Frau Dr. Müller fragt mit Bezug auf die Medienwerkstatt, ob die finanziellen Mittel für die Erstellung des Kinderstadtplans eingeplant sind.

Dies wird von Frau Reisenweber geprüft. Die Information wird nachgereicht.

Abschließend wird festgehalten, dass in der 5. Kalenderwoche 2018 per Mail an alle JHA-Mitglieder die Information zur Förderung der KUBUS gGmbH, Hilfen nach § 35a SGB VIII und weiteren jugendhilferelevanten Maßnahmen, die in anderen Fachbereichen verortet sind sowie die geplanten finanziellen Mittel für die Erstellung des Kinderstadtplans geschickt werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet Herr Kolesnyk um Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

Frau Parthum erklärt sich für befangen und nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Der Änderungsantrag wird mit 12 Zustimmungen angenommen.

Anschließend bittet Herr Kolesnyk um Abstimmung über die so geänderte Drucksache.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen wird beschlossen.

+ Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Das Produkt 36.600 wird in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 ff. jeweils um 54.000 Euro erhöht, um damit die Angebote der Medienwerkstatt zu erweitern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

**zu 6.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: 17/SVV/0952**

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) stellt anhand einer Präsentation den Wirtschaftsplan des Kommunalen Immobilien Service (KIS) 2018 vor. Er gibt eine Übersicht über die Investitionen seit 2005 für Schulen, Kitas und Sonstige. Dann stellt er den Investitionsplan des KIS 2018 bis 2021 vor. Er weist darauf hin, dass ein großer Teil für Sportanlagen aufgewendet wird.

Er gibt Erläuterungen zur Finanzierungsstruktur und weist darauf hin, dass noch 64 % Finanzierung über Kreditaufnahme erfolgen. Er erklärt die Zuschüsse der Landeshauptstadt an den KIS und im Anschluss die Kreditentwicklung des KIS. Dann stellt er den Investitionsplan im Bereich Kita und Hort vor und geht dabei auf die neuen Maßnahmen Neubau der Kita Fahrland, Sanierung der Kita Pfiffikus in der Pietscherstraße sowie die temporäre Erweiterung an verschiedenen Standorten. Zu den temporären Erweiterungen laufen die derzeit Abstimmungen.

Herr Liebe weist darauf hin, dass im Ausschuss für Bildung und Sport die Dreizügigkeit der Fahrländer Schule besprochen wurde. Das Gebäude gibt nur eine Zweizügigkeit her.

Herr Richter erklärt, dass der Stadtverordnetenversammlung in Kürze die Änderungsliste der Verwaltung vorgelegt wird. Es wird die Erweiterung vorgeschlagen und dafür werden Lösungsvorschläge zum Schuljahr 2019/2020 zu vorläufiger Erweiterung unterbreitet. In die Planung wird auch die endgültige Erweiterung aufgenommen.

Herr Otto bittet um eine qualitative Aussage zum Investitionsstau. Er fragt, ob es noch Baufirmen für die Ausführungen gibt.

Herr Richter erklärt, dass bis auf den Neubau der Kita Fahrland und der Module alle Maßnahmen im Bereich Kita dem Abbau des Sanierungsstaus dienen. Noch werden Firmen gefunden, die die Baumaßnahmen durchführen. Aufgrund der enormen Bautätigkeiten in der gesamten Bundesrepublik gibt es auf Ausschreibungen aber oft nur einen Bewerber.

Herr Liebe spricht die geplante 1 Mio. Euro für 2019 für Jugendfreizeiteinrichtungen an und fragt, ob es dafür bereits eine Prioritätenliste

gibt.

Herr Richter erklärt, dass anhand der Bedarfsplanung dann die Prioritätensetzung erfolgt. Noch kann er dazu keine Aussage treffen. Er geht davon aus, dass die Priorität durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie festgelegt wird, da dieser fachlich zuständig ist.

Frau Parthum fragt, ob es zum Bau der Grundschule am alten Tram-Depot schon konkrete Planungen gibt.

Herr Richter kann dazu keine Aussage treffen. Da noch nicht alle Grundstücke der Landeshauptstadt Potsdam gehören, gibt es noch keinen Planungsbeginn.

Herr Papadopoulos weist darauf hin, dass durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie im Jahr 2022 in der Waldstadt Investitionen für Innen- und Außensanierung in Kitas tätigen möchte. Die vorliegende Planung des KIS geht nur bis 2021.

Herr Richter sichert zu, dass die Planung mit Fachbereich Kinder, Jugend und Familie abgestimmt und entsprechend fortgeschrieben wird. Er betont auf Nachfrage, dass die grundsätzliche Entscheidung beim Fachbereich Kinder, Jugend und Familie liegt. Für die Abstimmungen danach mit dem Träger ist der KIS zuständig.

Herr Kolesnyk stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2018.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

zu 6.5 Zukunftsprogramm 2022

Vorlage: 17/SVV/0953

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Herr Tölke weist darauf hin, dass als einige Maßnahme des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie im Zukunftsprogramm die Erarbeitung fachlicher Standards für die Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII enthalten ist. Hierbei handelt es sich um ein langfristiges Verfahren.

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Gruppenprophylaxe in Kita und Schule "Kita mit Biss"

Herr Kolesnyk erklärt, dass der Tagesordnungspunkt zurückgestellt wird. Er bittet um Abstimmung darüber.

Der Zurückstellung wird einstimmig zugestimmt.

zu 7.2 Mitteilung über Stand Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung (17/SVV/0530) und Entscheidung zum weiteren Verfahren

Herr Tölke teilt mit, dass das Vergabeverfahren aufgehoben wurde. Es ist beabsichtigt, die integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung selbst vorzunehmen. Derzeit erfolgt die interne Verständigung, wo dies angesiedelt werden soll.

zu 8 Sonstiges

Herr Kolesnyk kündigt an, dass zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses ein konkreter Terminvorschlag für die Klausur des Jugendhilfeausschusses 2018 unterbreitet wird. Geplant ist, die Klausur an einem Freitag im Juni mit einem Zeitrahmen von ca. 5 Stunden durchzuführen.

Frau Parthum berichtet, dass das Land für Digitalisierung insgesamt 750.000 Euro zur Verfügung gestellt werden sollen. Sie fragt, ob die Verwaltung dazu bereits Informationen hat.

Herr Tölke liegen dazu noch keine Informationen vor.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 22. Januar 2018, 16:30 Uhr gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Bildung und Sport im Bürgerhaus am Schlaatz

**David Kolesnyk
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra
Schriftführerin**